Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 92 (1998)
Heft: 4

Artikel: Das Dokument : für Frieden in Israel und Palästina
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-144107

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Siehe Rechtliche Hinweise.

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. Voir Informations légales.

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. See Legal notice.

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Für Frieden in Israel und Palästina

Im redaktionellen Vorspann zur «Mitteilung an eine Delegation des Nationalrates» von Matthias Hui (Februarheft 1998) hiess es, diese Delegation sei «von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen» worden. Darauf hat uns die Koordinationsstelle OeME ein Dossier mit um die vierzig Pressetiteln, darunter auch längere Artikel, über die Friedensreise der sieben Parlamentsmitglieder zukommen lassen. Die Lektüre veranlasst den Redaktor, seinen Eindruck zu korrigieren. Zu wenig Beachtung hat hingegen das Kommuniqué gefunden, das die nationalrätliche Delegation nach ihrer Friedensreise veröffentlicht hat und das auch als Echo auf die «Mitteilung» von Matthias Hui zu werten ist. Die Neuen Wege möchten diesen Text vom 29. November 1997 nachträglich dokumentieren, in der Meinung, er habe in der Zwischenzeit an Aktualität nichts eingebüsst. Red.

Das Werden eines palästinensischen Staates wird erstickt

Wir, eine Gruppe von sieben Nationalrätinnen und Nationalräten, haben eine Woche lang die palästinensischen Gebiete (Westbank, Gaza und Jerusalem) bereist und dabei Gespräche mit zahlreichen Persönlichkeiten geführt. Wir haben diese Reise mit der festen Absicht unternommen, ein authentisches Bild von der gegenwärtigen Situation zu erhalten, und dabei festgestellt, dass die Grundlagen des Friedensprozesses massiver zerstört sind, als wir uns dies vorgestellt hatten.

Insbesondere schaffen die israelische Siedlungspolitik und die damit verbundene Raumplanungsstrategie in der Region Jerusalem und in der Westbank kontinuierlich vollendete Tatsachen. Damit wird ein Korsett geschaffen, das das Werden eines palästinensischen Staates erstickt. Die neuen Verbindungswege zwischen den israelischen Siedlungen unterbrechen den territorialen Zusammenhang der palästinensischen Gebiete, die häufigen Abriegelungen unterbinden die Bewegungsfreiheit für Menschen und Güter und zerstören die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen. Ausserdem untergräbt rechtliche Willkür das Fundament einer stabilen und selbstbewussten Gesellschaft. In dieselbe Richtung wirken auch Menschenrechtsverletzungen und Fälle von Korruption auf palästinensischer Seite.

In krassem Widerspruch zum Geist von «Oslo»

Diese Fehlentwicklungen stehen in krassem Widerspruch zum Geist von «Oslo», der aus Sicht der meisten palästinensischen Gesprächspartner und Gesprächspartnerinnen ausgelöscht worden ist. Dadurch wird jenen Kräften Vorschub geleistet, die zur Gewalt Zuflucht nehmen. Wir sind überzeugt, dass Sicherheit für beide Seiten nur durch gegenseitigen Respekt und durch Gerechtigkeit erreicht werden kann.

Die palästinensischen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner schätzen das Engagement der Schweiz in der Entwicklungszusammenarbeit – sowohl unserer Regierung als auch der Nichtregierungsorganisationen. Wir erwarten jedoch, dass sich unser Land noch entschiedener für die Einhaltung getroffener Vereinbarungen einsetzt und in der Unterstützung des Aufbaus eines palästinensischen Staates nicht nachlässt.

Jerusalem, 29. November 1997

Die Nationalrätinnen und Nationalräte: Gysin Remo (SP, BS), Kofmel Peter (FDP, SO), Langenberger-Jäger Christiane (FDP, VD), Rychen Albrecht (SVP, BE), Tschopp Peter (FDP, GE), von Felten Margrith (SP, BS), Zapfl-Helbling Rosmarie (CVP, ZH).